



Antrag

—

Fraktion AfD

Remigrationsprogramm für ausgewanderte deutsche Fachkräfte nach japanischem Vorbild statt kulturfremder Massenzuwanderung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Remigrationsprogramm für ausgewanderte deutsche Fachkräfte aufzulegen. Die Maßnahme soll dazu dienen, in den kommenden Jahren etwaige Engpässe am sachsen-anhaltischen Arbeitsmarkt auszugleichen. Das Remigrationsprogramm soll unter anderem folgende monetäre und nicht-monetäre Remigrationsanreize beinhalten:

1. Übernahme anfallender Umzugs- bzw. Remigrationskosten durch das Land Sachsen-Anhalt;
2. Unterstützung bei der Wohnungssuche remigrationswilliger deutscher Fachkräfte durch das Land Sachsen-Anhalt;
3. Unterstützung bei der Kitaplatzsuche für die Kinder remigrationswilliger deutscher Fachkräfte;
4. Auszahlung einer Rückkehrprämie nach erfolgter Ansiedlung und zweijähriger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung der rückgekehrten deutschen Fachkräfte.

Begründung

Deutschland ist kein Einwanderungsland, sondern ein Fachkräfteauswanderungs- und Hilfskräftezuwanderungsland. Dieser Befund gilt insbesondere auch für das Land Sachsen-Anhalt.

Während kulturfremde Hilfsarbeiter und Versorgungsmigranten massenhaft und illegal nach Deutschland und Sachsen-Anhalt zuwandern, wandern deutsche Fachkräfte seit Jahrzehnten

in hoher Zahl aus. Allein zwischen 1991 und 2015 verließen drei Millionen mehrheitlich gut ausgebildete Deutsche - darunter auch zahlreiche Sachsen-Anhalter - ihre Heimat und suchten ihr Glück im Ausland. Das Durchschnittsalter dieser Personengruppe ist niedrig. Es handelt sich vor allem um Ärzte, Ingenieure, Wissenschaftler, Facharbeiter und Techniker.

Natürlich kehren auch Deutsche in ihre Heimat zurück. Der Saldo zwischen Auswanderern und Heimkehrern ist jedoch seit geraumer Zeit negativ. Die Auswanderung der einheimischen Bildungs-, Leistungs- und Intelligenzelite führt zu ökonomischen Folgekosten und zeigt, dass die Verhältnisse im Heimatland nicht in Ordnung sind. Unter anderem wenden sich viele hochqualifizierte Deutsche gegen die fortdauernde steuergeldfinanzierte Alimentierung illegaler Versorgungsmigranten, stimmen mit den Füßen ab und verlassen ihre Heimat.

Während also einerseits illegale und nicht- bzw. geringqualifizierte Zuwanderer den Fachkräftebedarf steigern (Mehrbedarf an Lehrern, Richtern, Staatsanwälten, Polizisten usw.), schrumpft anderseits das Fachkräfteangebot durch die Auswanderung einheimischer Leistungsträger. Dieser Trend muss nicht nur durch die Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer, sondern gleichzeitig durch monetäre und nicht-monetäre Rückkehranreize für im Ausland lebende hochqualifizierte Deutsche umgekehrt werden.

Das japanische Remigrationsprogramm zeigt, dass es demokratisch verfassten Industrienationen gelingen kann, ausgewanderte einheimische Fachkräfte und deren Nachkommen zur Rückkehr in ihr Vaterland zu motivieren. Allein aus Südamerika kehrten seit Aufsetzung des Programms 310.000 Japaner zurück, Tendenz weiter steigend. Anstellung finden sie mehrheitlich in kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Der Ansatz, dem japanischen Vorbild zu folgen und ein Rückkehrprogramm für ausgewanderte deutsche Fachkräfte mit den zuvor beschriebenen Anreizen aufzulegen, wird sich als nutzenstiftend für die sachsen-anhaltische Wirtschaft erweisen und dabei helfen, etwaige zukünftige Lücken am Arbeitsmarkt zu schließen. Die dabei entstehenden Aufwendungen sind auch vor dem Hintergrund zu betrachten, dass zurückkehrende Deutsche mit der hiesigen Sprache und Kultur vertraut sind, sodass keine Ausgaben für deren kulturelle und sprachliche Assimilation anfallen.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender